

10 - Wie wollen Sie Ihre Lösungsvorschläge in der kommenden Legislaturperiode umsetzen?

Zu den Fragen 7, 8, 9 und 10:

Die Voraussetzungen hinsichtlich der Subventionierung von Privatschulen, die keine konfessionellen Privatschulen sind, werden in § 21 PrivSchG normiert. Für nicht-konfessionelle Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht besteht KEIN Rechtsanspruch auf Subventionierung und keine Verpflichtung des Bundes, Subventionen zum Personalaufwand zu gewähren.

Seitens des BMB wird nach Maßgabe des Budgets jedoch jährlich eine Basis-Subvention für die genannten Schulen ausgeschüttet, diese bedeckt jeweils nur einen Teil der Aufrechterhaltung des Schulbetriebs.

Die nach Maßgabe der Budgetrichtlinien vergebenen Subventionen an Schulen mit eigenem Organisationsstatut sind an die Erfüllung gewisser Voraussetzungen gebunden (Öffentlichkeitsrecht, Mitgliedschaft im Dachverband, Gemeinnützigkeit der Schule, jährliches Schulgeld nicht höher als OECD-Durchschnitt, Verfolgung alternativpädagogischer Modelle, Einsatz von SQA, transparente Finanzgebarung und Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Dachverbandes).

Es steht seit dem Schuljahr 2010/11 jährlich unverändert eine Summe von rd. 4,5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Verteilung auf die einzelnen betroffenen Schulen erfolgt nach Maßgabe der jeweils aktuellen SchülerInnenzahlen. Die Rechtslage sowie die im Bundeshaushalt veranschlagten Mittel ermöglichen derzeit keine weiteren Fördermodelle.

Zu 8, 9 und 10: Unter Berücksichtigung von Vereinbarungen zu Qualitätssicherung oder Validität der Abschlüsse werden wir uns dafür einsetzen, dass Schulen in freier Trägerschaft zu mehr Planungssicherheit kommen. Dazu sollen die Schulen unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten selbstverständlich weiter entsprechend unterstützt werden.

Das hängt davon ab, mit welchem Wählervertrauen die FPÖ ausgestattet wird und ob dieses ausreicht, eine neuerliche SPÖVP- oder ÖVPSPÖ-Koalition zu verhindern. Wird die FPÖ entsprechend gestärkt und erhält sie einen Regierungsauftrag, wird das je nach Ergebnis von Koalitionsverhandlungen umgesetzt werden.

Je nachdem, in welcher Rolle wir uns nach den Wahlen wiederfinden, wird die Forderung nach fairer Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft Teil der Regierungsverhandlungen oder unserer Oppositionsarbeit. Aufgeben werden wir die Forderung jedenfalls nicht!!!

Das hängt maßgeblich von dem Hebel ab, den NEOS am 15.10.17 bekommen. Bildung ist, war und bleibt jedenfalls eines unserer wichtigsten Anliegen.

Mit Bewusstseinsbildung, auch in den Medien, Überzeugungsarbeit im Bildungs – Sozial - Justiz - und Finanzministerium und dem Knüpfen von überparteilichen Netzwerken, das auch die Zusammenarbeit mit NGOs und der Industrie einschließt. Warum NGOs? Man weiß um den Zusammenhang von ganzheitlicher Bildung und der kindlichen Entwicklung von Resilienz, die gerade in der Armutsbekämpfung von großer Wichtigkeit ist. Peter Pilz kennt die Spielregeln des Parlaments wie fast kein anderer und bewies in den vergangenen Jahren, dass er überparteilich paktfähig ist. Dieses Wissen stellt er uns KandidatInnen von vorne herein zur Verfügung. Ich bin optimistisch.

Wir sind davon überzeugt, dass es für grundlegende politische Veränderung den Einsatz vieler Menschen braucht. Ob in Fragen der gerechten Besteuerung der großen Vermögen, der

Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, der Kürzung von Parteienförderung und Politikergehältern oder grundlegenden Verbesserungen im Bildungswesen – Wir stehen für eine Politik auf Augenhöhe, die Menschen in allen ihren Lebensbereichen unterstützt, selbst aktiv zu werden und demokratische Entscheidungen zu treffen. Auch im Bildungswesen wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich viele Menschen von unten organisieren und Druck auf konkrete und grundlegende Verbesserungen aufbauen können.